

EUROKRISE 2011

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf:

1. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass

- a. die Krisenverursacher und Profiteure zur Kasse gebeten werden, indem eine einmalige EUweite Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erhoben, hohe Vermögen und Kapitaleinkünfte stärker besteuert werden sowie eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird,
- b. das gesamte europäische Bankensystem von Grund auf saniert, vergesellschaftet und demokratischer Kontrolle unterworfen wird, die auch darin besteht, das Einlagengeschäft und das Investmentbanking strikt zu trennen,
- c. die Finanzmärkte an die Kette gelegt werden, indem spekulative Finanzinstrumente (etwa ungedeckte Leerverkäufe und ungedeckte Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS)) und entsprechende Akteure (Hedgefonds, Schattenbanken etc.) verboten werden,
- d. zur kurzfristigen Abwehr von Spekulationsattacken auf Krisenstaaten Eurobonds aufgelegt werden, und dass darüber hinaus die Staatsfinanzierung vom Diktat der Finanzmärkte befreit wird, indem eine Bank für öffentliche Anleihen eingerichtet wird, die zu Konditionen der Europäischen Zentralbank (EZB) Kredite an die Eurozone-Staaten vergibt, und somit eine geordnete Umstrukturierung der öffentlichen Schulden möglich macht,
- e. ein geordnetes Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten eingeführt wird, bei dem die politischen und sozialen Verpflichtungen des Staates gegenüber seiner Bevölkerung als vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger anzusehen sind und bei denen die Gläubiger gemäß ihrer politischen Verantwortung für das Zustandekommen der Überschuldungskrise und entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit herangezogen werden,
- f. anstatt ökonomisch und sozial schädlicher Kürzungsprogramme ein europäisches sozialökologisches Investitions- und Konjunkturprogramm insbesondere für die Krisenstaaten aufgelegt wird,
- g. eine Koordinierung der Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Beendigung des Steuer-, Lohn- und Sozialdumpings in der EU verwirklicht wird sowie eine europäische Ausgleichsunion zur Verhinderung von Leistungsbilanzungleichgewichten eingerichtet wird, die chronische Exportüberschüsse sanktioniert,

h. die Grundlagenverträge der Europäischen Union vollständig revidiert werden und ein Neustart in ein demokratisches, wirtschaftlich tragfähiges, soziales und friedliches Europa erfolgt;

2. auf nationaler Ebene

a. eine Neustrukturierung des Bankensektors einzuleiten, die die Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle des Sektors gewährleistet und die Banken auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft nach Vorbild der Sparkassen verpflichtet,

b. zur Stärkung der deutschen Binnenwirtschaft einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro einzuführen, das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro zu erhöhen und die Rückabwicklung der Rentenreformen und der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 einzuleiten.

Berlin, den 21. Oktober 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion